

Sichere Renten und gute Nettolöhne im demografischen Wandel

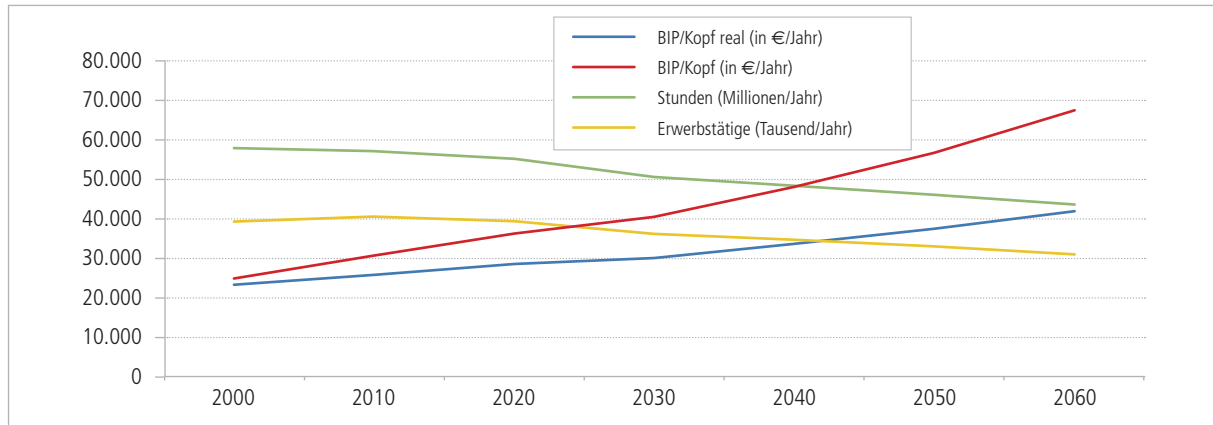
Michael Dauderstädt¹

Auf einen Blick

Der demografische Wandel gibt keinen Anlass zur Panik. Selbst unter bescheidenen Wachstumsannahmen verbleibt den künftigen aktiven Generationen ein hohes Netto-realeinkommen (nach Abzug der Rentenversicherungsbeträge), auch wenn die Beitragssätze deutlich ansteigen. Die notwendige Transfermasse steigt auf etwa 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP); als Vermögensanspruch oder implizite Staatsschuld beliefen sich dies auf etwa 300 Prozent des BIP. Eine solche Kapitaldeckung scheitert an der ungleichen Vermögensverteilung in Deutschland und der mangelnden Bereitschaft von Staat und Unternehmen, sich stärker zu verschulden.

Die Alterssicherung in Deutschland stürzt von einer eingebildeten Katastrophe in die nächste. Ende des letzten Jahrhunderts schien die gesetzliche Rente nicht mehr tragfähig zu sein. Große Teile von Politik und Wissenschaft betrachteten die aufgrund des demografischen Wandels langfristig absehbaren höheren Beitragssätze als schädlich für Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit. Experten berechneten eine immense „implizite Staatsschuld“, die sich aus der Differenz von bei unveränderter Politik zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben ergab. Um all dem vorzubeugen, gab es Einschnitte bei den Renten, wurde das Renteneintrittsalter erhöht („Rente mit 67“) und die private Zusatzversicherung gefördert („Riesterrente“). In der Folge war ein starker Anstieg der privaten Vermögensbildung in Deutschland zu beobachten. Zehn Jahre später ruinierte die Finanzmarktkrise Teile des angesammelten Vermögens und die Ertragsaussichten privater Versicherungen. Während einerseits gute Konjunkturdaten und etwas bessere Lohnabschlüsse die Rentenkassen füllten und (voreilig?) in niedrigere Beitragssätze umgesetzt wurden, erschien andererseits das Menetekel verbreiteter Altersarmut an den Wänden des öffentlichen Diskursraums.

Dabei genügt – wie die folgende Modellrechnung zeigt – schon ein halbwegs durchschnittliches Wachstum, um auch die sicher zunehmende Gruppe älterer Menschen weiter ordentlich zu versorgen. Dieses

Grafik 1: **Wachsender Wohlstand trotz demografischem Wandel**

Quelle: Tabelle 1 (SVR und eigene Berechnungen).

Wachstum erfordert lediglich eine Fortsetzung des Produktivitätsfortschritts wie bisher und eine zumindest – relativ zur arbeitsfähigen Bevölkerung – konstante Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung (siehe Grafik 1). Selbst wenn man davon ausgeht, dass sich die Alterszusammensetzung der Bevölkerung nicht verbessert, sorgen diese entscheidenden Variablen sowie die Anzahl der durchschnittlich gearbeiteten Stunden pro Beschäftigten und die Lohnentwicklung dafür, dass genug Wohlstand für alle entsteht. Sicher muss dieser Wohlstand anders verteilt werden, um Altersarmut zu vermeiden. Aber die dazu erforderlichen höheren Beitragssätze (voraussichtlich von etwa 27 Prozent ab 2040) belassen auch den aktiven Beitragszahlern immer noch ein fast immer zunehmendes reales Nettoeinkommen, also eine gleichmäßige Beteiligung am gesellschaftlichen Wohlstand.

Szenarien solidarischer Alterssicherung

Das in Tabelle 1 dargestellte Grundscenario geht von der Bevölkerungsprognose des Sachverständigenrates aus und schreibt das Produktivitätswachstum der letzten Dekade fort (erste Zeile der Tabelle). Es unterstellt weiter, dass die Erwerbsbeteiligung ihren derzeit historisch hohen Stand von etwa 81 Prozent beibehält und auch die Zahl der durchschnittlich gearbeiteten Stunden (ca. 1.400/Jahr und Beschäftigten) nicht sinkt. Die Auswirkungen der Rente mit 67 bleiben somit ausgeklammert. Es unterstellt weiter, dass sich die Inflation (Verhältnis von nominalem zu realem Bruttoinlandsprodukt = BIP) und die Beziehungen zwischen Bruttowertschöpfung, BIP, Arbeitnehmerentgelt und Rentenhöhe fortschrei-

ben lassen. Der Bedarf an Rentenzahlungen und entsprechenden Beiträgen zur Rentenversicherung ergibt sich dann aus der demografisch bedingten zunehmenden Rentnerzahl bei ansonsten gleichen realen Einkommensverhältnissen. Wie oben schon erwähnt, führt dieses Basisszenario zwar zu einem starken Anstieg der Rentermasse, aber das reale verbleibende Nettoeinkommen der Arbeitnehmer würde nur in der Phase des extrem schnellen geografischen Wandels zwischen 2020 und 2030 leicht sinken, aber ansonsten weiter steigen.

Auch die von Politik und Medien gern herausgestellte, in der Tat beträchtliche Veränderung der Abhängigkeitsquote (letzte Zeile in Tabelle 1) kann den realen Wohlstand kaum beeinträchtigen. Schon die Berücksichtigung der Rente mit 67, also einem unterstellten Anstieg der Erwerbspersonen um ein bis zwei Prozentpunkte verbunden mit einem entsprechenden Rückgang der Rentenbezieherinnen und -bezieher würde dafür sorgen, dass die Nettoeinkommen nicht mehr sinken. Auch ohne Rente mit 67 würde auch ein schnellerer Rückgang der Arbeitslosigkeit um zwei Prozentpunkte eine ähnliche Wirkung erzielen. Ein solcher Rückgang wäre nicht unwahrscheinlich, da das Arbeitsangebot demografiebedingt zurückgeht.

Zunahmen bei zentralen Stellgrößen wie Produktivität und Arbeitsinput in seinen verschiedenen Formen (Erwerbsbeteiligung, Stunden/Beschäftigten, Arbeitslosigkeit) lassen zwar das BIP und die Löhne steigen, womit auch die Nettoeinkommen stärker steigen. Aber die Beitragssätze sinken nicht, da ja die Renten im Gleichschritt mit den

Tabelle 1: Basisszenario zu Bevölkerung, Wachstum, Arbeit und Renten

Jahr			Prognose getrieben durch Produktivität				
	2000	2010	2020	2030	2040	2050	2060
BWS/h real (€)	29,5	32,8	36	40	45	50	55
BWS/h (€)	31,8	39,2	47,0	56,4	67,7	81,2	97,5
BIP/Kopf real (€)	23.061	25565	27.933	28.928	31.771	34.816	38.368
BIP/Kopf (€)	24.885	30.531	36.064	40.378	47.940	56.796	67.664
Stunden (Mrd.)	57.922	57.087	55.106	50.511	48.264	45.958	43.465
Erwerbstätige (Mio)	39.382	40.603	39.361	36.080	34.474	32.827	31.046
Erwerbspersonen (Mio)	42.394	43.512	41.874	37.978	35.911	33.843	31.680
BWS real (Mrd. €)	1.706	1.872	2.006	2.041	2.165	2.288	2.402
BIP real (Mrd. €)	1.897	2.090	2.247	2.286	2.425	2.563	2.690
Bruttowertschöpfung (BWS) (Mrd. €)	1.841	2.236	2.590	2.849	3.267	3.733	4.236
BIP (Mrd. €)	2.047	2.496	2.901	3.191	3.659	4.181	4.745
Bevölkerung (Tsd.)	82.260	81.752	80.437	79.025	76.316,5	73.608	70.120
Bevölkerung 15 - 64	55.789	53.967	51.696	46.887	44.334	41.781	39.111
Bevölkerung unter 15	12.777	10.941	10.073	9.808	9.105,5	8.403	8.133
Bevölkerung über 64	13.694	16.844	18.668	22.330	22.877	23.424	22.876
15 - 64/Bevölkerung (%)	67,8	66,0	64,3	59,3	58,1	56,8	55,8
Erwerbspersonen/15 - 64 (%)	76,0	80,6	81,0	81,0	81,0	81,0	81,0
Erwerbstätige/Erwerbspersonen (%)	92,9	93,3	94	95	96	97	98
Stunden/Erwerbstätige	1.471	1.406	1.400	1.400	1.400	1.400	1.400
Bruttolöhne (Mrd. €)	897	1.032	1.123	1.143	1.212	1.281	1.345
Arbeitnehmer (AN) (Mio)	35.387	36.110	35.031	32.110	30.681	29.216	27.631
AN-Entgelt pro AN (€)	31.483	35.150	38.268	39.632	43.526	47.699	52.564
AN-Entgelt pro h (€)	22,90	26,56	29,12	32,33	35,88	39,83	44,21
Abgabesatz (%)	20,00	20,00	22,17	26,51	27,16	27,81	27,16
Rest-Entgelt (€ pro Jahr)	25.186	28.120	29.786	29.124	31.703	34.432	38.286
Verhältnis 15 - 64 / +64	4,1	3,2	2,8	2,1	1,9	1,8	1,7

Quelle: SVR; eigene Berechnungen.

Löhne steigen (sollen). Die Beitragssätze wären nur durch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters oder ein Absenken des Rentenniveaus zu stabilisieren. Diesen Weg hat die Politik, die sich ja auf die Deckelung der Lohnnebenkosten kapriziert hat(te), auch konsequent verfolgt. Sie hat damit im Namen der Generationengerechtigkeit einen unnötigen Generationenkonflikt geschürt. Denn bei ausreichendem Wachstum spielen die Generationen ein Positivsummenspiel, bei dem die Realeinkommen beider Seiten, Rentnerinnen und Rentner wie Aktive, steigen können.

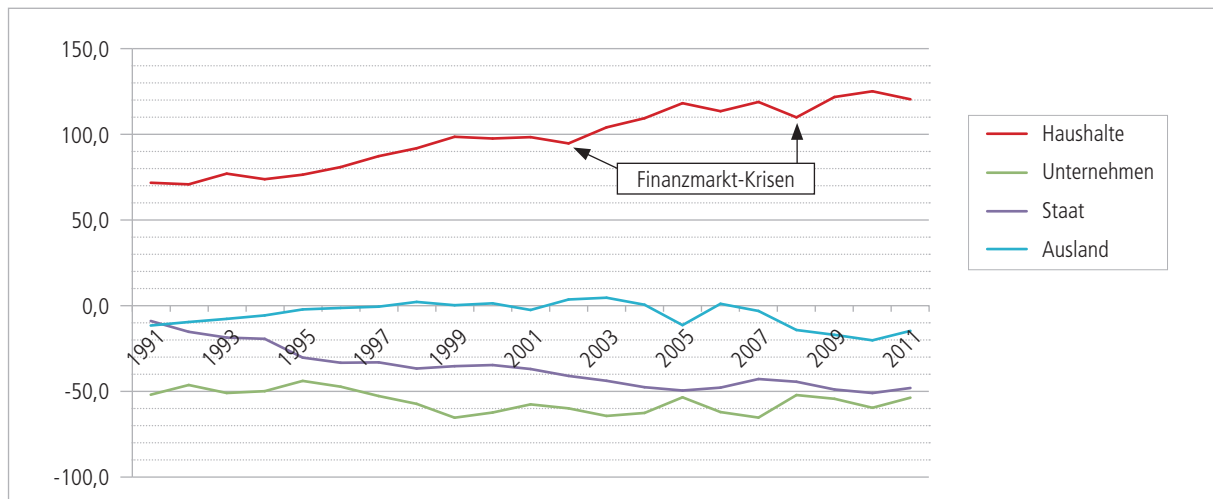
Mit Kapitaldeckung in die Schuldenfalle

Die zunehmende Rentnerbevölkerung wird einen hohen Einkommensbedarf haben, wenn sie weiter auf einem angemessenen Niveau abgesichert werden soll. Die dazu notwendige Transfermasse wird im gegenwärtigen System auf etwa 15 Prozent des BIP steigen. Geht man von einer solidarischen, auf Einkommensgleichheit abzielenden Umverteilung aus, so müsste die ältere Bevölkerung das gleiche Prokopfeinkommen haben wie

der Durchschnitt. Wenn die Älteren kein weiteres Markteinkommen haben und daher dieses gleiche Einkommen nur durch Umverteilung entstehen soll, dann stiege der Transferbedarf längerfristig sogar auf über 30 Prozent des BIP. Tatsächlich verlassen sich die Älteren auf drei Säulen: die gesetzliche Rentenversicherung, betriebliche Zusatzrenten und private Vorsorge wie Lebensversicherungen und andere Ersparnisse, einschließlich Realvermögen wie Immobilien.

Würde man die gesamte Alterssicherung kapitalgedeckt organisieren, so bräuchte man einen Kapitalstock, der angesichts der durchschnittlichen Lebenserwartung und Rentenbezugsdauer etwa das 15- bis 20-Fache der jährlichen Transfermasse beträgt, also etwa zwischen 250 und 300 Prozent des BIP allein zum Ersatz der bisherigen gesetzlichen Renten, und bis zu 600 Prozent für einen vollständigen Einkommensausgleich. Das ist im Kern die berüchtigte „implizite Staatsschuld“. Wie vergleicht sich das mit dem verfügbaren Kapitalstock? Das Gesamtvermögen Deutschlands verdoppelte sich seit 1992 nahezu auf über zwölf

Grafik 2: Nettogeldvermögen nach Wirtschaftssektoren (in % des BIP)



Quelle: Deutsche Bundesbank, Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung.

Billionen Euro, also etwa 500 Prozent des BIP, wovon ca. zehn Billionen den privaten Haushalten (und Organisationen ohne Erwerbszweck) gehören². Da sich dabei die Geldvermögen weitgehend saldieren, besteht es überwiegend aus Sachanlagen sowie in geringerem Umfang Bauland, Gebrauchsvermögen und Auslandsvermögen.

Das Nettogeldvermögen der privaten Haushalte ist weitaus geringer und beläuft sich auf etwa 120 Prozent des BIP. Sie sind in den letzten 20 Jahren ebenfalls stark angestiegen (siehe Grafik 2). Die Betriebsrenten haben heute einen Vermögenswert von 483 Milliarden Euro³, also etwa 20 Prozent des BIP. Aber alle Geldvermögen unterliegen Bewertungs- und Ertragsrisiken, wie seit der Finanzmarktkrise besonders deutlich wurde (siehe die Einbrüche in Grafik 2). Außerdem erfordert jeder Geldvermögensaufbau der privaten Haushalte einen komplementären Schuldenaufbau anderer Sektoren. Wie Grafik 2 zeigt, bleibt der Schuldenstand der Unternehmen bei 50 Prozent bis 60 Prozent des BIP. Der Staat, der die Ersparnisse weitgehend absorbierte, darf sich wegen der Schuldenbremse auch nicht mehr

verschulden. Das Ausland hat angesichts der Investitionsmüdigkeit von Staat und Unternehmen zwar den Rest absorbiert, was sich allerdings als riskant herausgestellt hat. Als letzte Alternative bliebe die Verschuldung der Haushalte untereinander. Sie müsste aber durch die Übertragung von Forderungen an Dritte oder von Sachvermögen von einer Generation an die andere erfolgen. Das dazu nötige Volumen wäre mit zehn Billionen Euro Privatvermögen in etwa vorhanden.

Die entscheidende Schwachstelle liegt in der ungleichen Vermögensverteilung. Etwa 80 Prozent des Vermögens gehören den reichsten 20 Prozent der Bevölkerung.⁴ Damit fallen sie für eine kapitalgedeckte Alterssicherung der Mehrheit aus. Eine ungleiche Gesellschaft braucht ein System der umlagefinanzierten Alterssicherung, an der die reicheren Bevölkerungsgruppen aber stärker zu beteiligen sind. Denn auch die oben vorgestellten, beruhigenden Angaben zu den hohen Nettoeallöhnen sind lediglich Durchschnittswerte. Abgabenquoten von 27 Prozent belasten Niedrigentlohnte eventuell in einem Maße, dass sie unter die Armutsschwelle drückt.

1 Dr. Michael Dauderstädt ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

2 Laut dem Entwurf vom 17.9.12 für den 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Lebenslagen in Deutschland, S. 49 und 53 (http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Einkommen-Armut/Dokumente/Entwurf%20Armut%20der%20Bundesregierung%2017.9.2012.pdf).

3 <http://www.manager-magazin.de/finanzen/versicherungen/0,2828,846589,00.html>.

4 Vgl. Frick, Joachim R.; Grabka, Markus M. 2009: „Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland“ Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 4/2009 (<http://www.diw.de/documents/publikationen/73/93785/09-4-1.pdf>).